

Die Pressekonferenz im Hameln-Pyrmonter Kreishaus

Missbrauchsskandal in Lügde: Mitarbeiter im Auftrag des Hamelner Jugendamtes waren sechsmal vor Ort - aber niemals unangemeldet

Dienstag 5. Februar 2019 - **Hameln (wbn). Hameln-Pyrmonts Landrat Tjark Bartels sieht nach derzeitigem Wissensstand keinen Ansatz für den generellen Vorwurf eines Behördenversagens.**

Vor allem kann er nicht bestätigen, dass das Jugendamt Hameln-Pyrmont überhaupt einen konkreten Hinweis auf den Verdacht des sexuellen Missbrauchs von Kindern durch den Dauercamper auf dem Campingplatz im nordrhein-westfälischen Lügde erhalten habe.

Fortsetzung von Seite 1

Zu möglichen Reaktionen seiner Behörde auf Hinweise zur Gefahr der Verwahrlosung eines Kindes aus Hameln, das sich in Obhut des Hauptverdächtigen befunden habe, vermochte Bartels in der heutigen Pressekonferenz im Hamelner Kreishaus nichts zu sagen, weil sich die Akten bei der Staatsanwaltschaft befänden. Das gilt auch in Bezug auf den von einem empörten Vater 2016 bei der Polizei angezeigten sexuellen Übergriff auf seine Tochter beziehungsweise den Hinweis einer Jobcenter-Mitarbeiterin auf das verdächtige Verhalten des Dauercampers in Lügde.

Auf die Frage der Weserbergland-Nachrichten.de wie oft generell Mitarbeiter der Jugendbehörde im Kreis Hameln-Pyrmont zur Kontrolle bei dem Dauercamper auf dem Campingplatz erschienen sind, nannte Bartels die Zahl von sechs Besuchen im gesamten Zeitraum. Auf Nachfrage der Weserbergland-Nachrichten.de ob es sich dabei auch um nicht

Geschrieben von: Lorenz

Dienstag, den 05. Februar 2019 um 14:53 Uhr

angemeldete Besuche gehandelt habe, verneinte dies der Landrat.

Zudem, so war jetzt zu erfahren, seien die Besuche durch beauftragte Diensten wahrgenommen worden. Wer aber im einzelnen das war, entzieht sich derzeit der Kenntnis des Jugendamtes. Damit wurde in der Pressekonferenz deutlich: Auch behördenintern besteht eine Woche nach der ersten alarmierenden Pressekonferenz in Detmold im Kreisjugendamt Hameln noch großer Klärungsbedarf.

Landrat Bartels stellte seiner Stellungnahme die große Betroffenheit vorweg, die diese Vorkommnisse in Lügde auch im Landkreis Hameln-Pyrmont ausgelöst haben. Zu den Konsequenzen aus diesen Vorgängen soll auch die Einrichtung einer "mobilen Prävention" gehören.